

Postkarten-Aktion

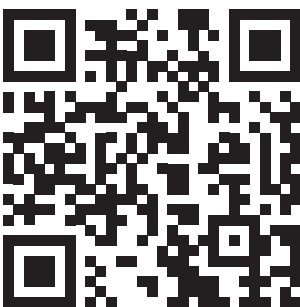
→ **Jetzt mitmachen!**

Ein Unfall im Schweizer AKW Leibstadt würde Baden-Württemberg mehr treffen als die Schweiz selbst. Trotzdem verweigert die Schweiz jede Mitsprache bei der Entscheidung über den Langzeitbetrieb des grenznahen Uralt-AKW. Das ist nicht akzeptabel und bricht internationales Recht.

Die neu gewählte Landesregierung von Baden-Württemberg muss in Berlin Druck machen, damit die Bundesregierung jetzt das notwendige Schiedsverfahren bei der UNO einleitet. Die Risiken alter Reaktoren dürfen nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden.

- Schicke jetzt die Aktionspostkarte rechts an Umweltministerin Thekla Walker ab.
- Zwei weitere Postkarten kannst Du an Freund*innen und Bekannte weitergeben.

ausgestrahlt.de/schweiz



**Uralt-AKW Leibstadt:
Risiko ja, Mitsprache nein?**

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



**Uralt-AKW Leibstadt:
Risiko ja, Mitsprache nein?**

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



**Uralt-AKW Leibstadt:
Risiko ja, Mitsprache nein?**

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

Sehr geehrte Frau Walker,

ein Unfall im Schweizer AKW Leibstadt würde Baden-Württemberg mehr treffen als die Schweiz selbst. Trotzdem verweigert die Schweiz jede Mitsprache bei der Entscheidung über den Langzeitbetrieb des grenznahen Uralt-AKW. Das ist nicht akzeptabel und bricht internationales Recht.

Machen Sie in Berlin politisch Druck, damit die Bundesregierung jetzt das notwendige Schiedsverfahren bei der UNO einleitet.

Die Risiken uralter Reaktoren dürfen nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum

Unterschrift

Sehr geehrte Frau Walker,

ein Unfall im Schweizer AKW Leibstadt würde Baden-Württemberg mehr treffen als die Schweiz selbst. Trotzdem verweigert die Schweiz jede Mitsprache bei der Entscheidung über den Langzeitbetrieb des grenznahen Uralt-AKW. Das ist nicht akzeptabel und bricht internationales Recht.

Machen Sie in Berlin politisch Druck, damit die Bundesregierung jetzt das notwendige Schiedsverfahren bei der UNO einleitet.

Die Risiken uralter Reaktoren dürfen nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum

Unterschrift

Sehr geehrte Frau Walker,

ein Unfall im Schweizer AKW Leibstadt würde Baden-Württemberg mehr treffen als die Schweiz selbst. Trotzdem verweigert die Schweiz jede Mitsprache bei der Entscheidung über den Langzeitbetrieb des grenznahen Uralt-AKW. Das ist nicht akzeptabel und bricht internationales Recht.

Machen Sie in Berlin politisch Druck, damit die Bundesregierung jetzt das notwendige Schiedsverfahren bei der UNO einleitet.

Die Risiken uralter Reaktoren dürfen nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ort, Datum

Unterschrift

bitte
freimachen
mit
95 Cent

■ V.i.S.d.P.: A. Simon, „ausgestrahlt“ ■

**Umweltministerin
Thekla Walker**

Ministerium für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Kernerplatz 9

70182 Stuttgart

bitte
freimachen
mit
95 Cent

■ V.i.S.d.P.: A. Simon, „ausgestrahlt“ ■

**Umweltministerin
Thekla Walker**

Ministerium für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Kernerplatz 9

70182 Stuttgart

bitte
freimachen
mit
95 Cent

■ V.i.S.d.P.: A. Simon, „ausgestrahlt“ ■

**Umweltministerin
Thekla Walker**

Ministerium für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Kernerplatz 9

70182 Stuttgart



Hintergrund

Die Schweiz hat sich mit Beitritt zur Espoo-Konvention (ausgehandelt von der UNO-Kommission UNECE) verpflichtet, Nachbarländern ein Mitspracherecht einzuräumen bei Vorhaben, die grenzüberschreitende Umweltfolgen haben. Der Langzeitbetrieb des AKW Leibstadt weit über 40 Jahre hinaus ist ein solcher Fall. Das Umweltministerium von Baden-Württemberg hat, unterstützt vom Bundesumweltministerium, die Schweiz formell aufgefordert, eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Die Schweiz hat dies abgelehnt.

Gemäß der Espoo-Konvention kann Deutschland nun ein Schiedsverfahren einleiten, das die Frage binnen weniger Monate klärt. Hält auch die Schiedskommission eine UVP für erforderlich, könnte der Langzeitbetrieb des AKWs auch in der Schweiz selbst nicht mehr einfach durchgewunken werden. Noch zögert das Bundesumweltministerium, das Schiedsverfahren einzuleiten. Deshalb braucht es nun ein klares Signal aus Baden-Württemberg, dass dies erwünscht und nötig ist.